

DIE LINKE.

in Niddatal

Attacke aus Prinzip?

Wer in der letzten Zeit die Wetterauer Zeitung gelesen hat, musste den Eindruck gewinnen, im Niddataler Rathaus herrschen Willkür und Verschwendung. Alle Vorhaben der Koalition werden verteufelt. Warum ist das so? Handelt es sich tatsächlich um unausgegorene Fehlplanungen?

Es geht um drei wichtige Vorhaben in Niddatal: Die Sanierung des Bürgerhauses, einen neuen Kindergarten in Ilbenstadt und ein Neubaugebiet im Gollacker in Assenheim.

Dass es dazu verschiedene Meinungen gibt, ist zu erwarten. Es gibt immer unterschiedliche Interessen. Grotesk ist es aber, wenn

versucht wird, mit Unterstellungen ein vergiftetes Klima zu erzeugen.

Wie wäre es mit einer sachlichen Auseinandersetzung?

Bisher haben sich alle Versuche zerschlagen, dem Bürgermeister und der Verwaltung Versagen zu beweisen: Eine Petition sollte

Fortsetzung auf Seite 2

Bezahlbarer Wohnraum ist dringend nötig!

Nicht nur in Frankfurt steigen die Mieten. Hauptsächlich, weil es zu wenig Wohnraum gibt. Das Land Hessen hat deshalb die Kommunen aufgefordert, Bauland auszuweisen.

Der Zuzug in unsere Region erhöht den Druck auf den

Wohnungsmarkt. Auch in Niddatal wird Wohnraum

Weiter auf Seite 2

Noch keine Sanierung der Sportanlagen in Sicht

DIE LINKE. hatte schon vor einiger Zeit im Kreistag eine Sanierung der Sportanlage Assenheim beantragt. Der Antrag wurde abgelehnt.

Immer noch steht die grundlegende Sanierung an. Es wäre gut, wenn sich auch die Kreistagsabgeordneten der anderen Parteien dafür einsetzen würden!



DIE LINKE. fordert schon lange eine kreiseigene Wohnungsbaugesellschaft. Seite 4

Attacke aus Prinzip?

Fehler im Verwaltungshandeln überprüfen. Doch der Petitionsausschuss des Landtags kam zum Ergebnis, dass es keine Verfehlungen gegeben hat. Ein Akteneinsichtsausschuss wurde auf Antrag der Opposition einberufen. Er sichtet die Unterlagen in der Stadtverwaltung. Doch auch das ergab nichts.

Aber weil nicht sein kann, was nicht sein darf, unterstellt der Grüne Stadtverordnete Seuss in der Zeitung, der Bürgermeister hätte sicher nicht alle Unterlagen zur Verfügung gestellt.

Man unterstellt dem Rathaus weiterhin windige Auftragsvergaben, Hinterzimmerpolitik und Geldverschwendung. Der Nachweis dafür konnte nicht erbracht werden.

Und nun wurde noch der Versuch gestartet, den Bund

der Steuerzahler einzuspannen.

**JA zu einem Ausgleich unterschiedlicher Interessen -
NEIN zu Rechthaberei**

Wir wollen doch mal dran erinnern, dass CDU und Grüne, die in der letzten Wahlperiode die Mehrheit in Niddatal hatten, das Bürgerhaus Ilbenstadt abreisen wollten. Und dass sie den Grünstreifen entlang der Nidda in Assenheim meistbietend an Investoren zu verschern beln gedachten.

Besondere Vorstellungen zur Entwicklung Niddatals hatten weder CDU noch Grüne. Was soll also diese krampfhaftige Rechthaberei? Warum versuchen sie nicht, tragfähige Kompromisse zu erarbeiten und unterschiedliche Interessen unter einen Hut zu bringen?

Kein Schachern um bezahlbaren Wohnraum!

Wohnen ist ein Menschenrecht! Das sagt sich leicht und kaum jemand würde da widersprechen. Doch wenn es konkret wird, siegen oft Eigeninteressen oder alte Gewohnheiten. Man will keine Sozialwohnungen, keine Mietwohnungen oder überhaupt keine Bebauung in der Nachbarschaft.

Die Grünen in Niddatal wollen jetzt den Einwohnerzuwachs auf 15 Prozent begrenzen. Sie halten mehr Zuzug für unverträglich. Sie sagen das im Zusammenhang mit dem Baugebiet Gollacker. Was soll diese Aussage bedeuten? Dass man in Niddatal kein größeres Baugebiet ausweisen kann?

Hoffentlich nicht! Wenn es kein ausreichendes Angebot an bezahlbarem Wohnraum gibt, dann steigen die Mieten. Und wenn es etwas gibt, das „unverträglich“ ist, dann explodierende Mieten! Die sind sozial unverträglich!

Es geht um kommunale Vorhaben. Nicht mehr und nicht weniger! Es geht in Niddatal nicht um den Bau einer „Trabantenstadt“, um Verschwendung von Steuergeldern und es geht schon gar nicht um faschistoide Methoden. Wer Sachdiskussionen einfordert, sollte auch sachlich diskutieren. Wem nützt es, wenn so überspannt reagiert und übertrieben wird?



WOHNUNGSMARKTGESCHICHTEN

Fortsetzung von Seite 1

Bezahlbarer Wohnraum ist dringend nötig!

gebraucht. Deshalb hat sich DIE LINKE. im Koalitionsvertrag mit der SPD dafür eingesetzt, dass Wohnungen entstehen. Und wenn neu gebaut wird, sollen 30 Prozent des Wohnraums für Menschen mit geringem Einkommen bezahlbar sein.

Trabantenstadt Gollacker?

Beim Baugebiet Gollacker ist eine Mischung verschiedener Wohnformen geplant. Es sollen sowohl Mietwohnungen entstehen, als

auch Eigentumswohnungen und Ein- bzw. Mehrfamilienhäuser. Eine soziale Vielfalt im Wohngebiet halten wir für sehr wichtig. Ein neues Baugebiet ist immer eine Veränderung für eine Stadt. Aber muss man wirklich so dick auftragen mit dem Begriff „Trabantenstadt“? Nachbarkommunen, wie Friedberg und Karben haben größere Wohngebiete ausgewiesen und bebaut. Trabanten-Monster sind nicht entstanden - aber neuer Wohnraum.

Steuergeldverschwendung?

Die Stadt Niddatal hat aktuell eine Studie bei der „Baulandoffensive Hessen“ erstellen lassen, einem Tochterunternehmen der Nassauischen Heimstätte/Wohnstadt. Diese Studie bestätigt, dass die Stadt beim Gollacker schwarze Zahlen schreiben wird und keine roten. Es ist also ziemlich unwahrscheinlich, dass die Vorwürfe der Steuergeldverschwendung haltbar sind. Auch hier drängt sich eher der Eindruck auf, dass die Vorwürfe aus Prinzip oder Eigeninteresse vorgebracht werden.

Noch immer keine kreiseigene Wohnungsbaugesellschaft

Es herrscht Wohnungsnot bei bezahlbaren Mietwohnungen. Das Institut für „Wohnen und Umwelt“ hat 2017 eine Studie für die Hessische Landesregierung erstellt. Darin wird festgestellt, dass bis 2040 im Wetteraukreis 24 200 neue Wohnungen nötig sind – vor allem Sozialwohnungen bzw. bezahlbare Mietwohnungen.

Ja, es wird inzwischen gebaut. Aber wenn zum Beispiel in Friedberg 34 Sozialwohnungen neu entstehen aber in der selben Zeit 117 aus der Mietpreisbindung fallen und weit über 400 Wohnungssuchende auf der Warteliste der WoBau stehen und auf eine preiswerte Wohnung warten, dann kann ja einiges nicht stimmen!

Private Investoren lösen keine Wohnungsnot

Wenn sie bauen, wollen sie verdienen und es entstehen in erster Linie keine preiswerten Mietwohnungen. Das Thema wird immer dringlicher! Deshalb muss es bei Neubaugebieten Quoten für

preiswerte Mietwohnungen geben. Das fordern Mieterinitiativen und der Mieterbund.

Was passiert im Wetteraukreis?

Zur Erinnerung: Im Landratswahlkampf haben sowohl Landrat Weckler, als auch Sozialdezementin Bekker-Bösch als Kandidaten die Gründung eines Zweckverbandes Wohnen angekündigt.

Bisher ist nichts geschehen, obwohl Landrat Weckler in der Presse ein Umsetzungskonzept bis Ende 2018 in Aussicht gestellt hatte. Noch im Oktober 2018 behauptete er im Kreistag, er werde bald liefern.

Was hat er geliefert? 2,1

Millionen Euro, die als Alibi-posten in den Haushalt 2019/2020 eingestellt wurden. Und da es den Zweckverband noch nicht gibt, ist anzunehmen, dass dieses Geld auf die Kommunen verteilt werden soll. Wie sollen die Kommunen mit diesen kleinen Zuweisungen in den sozialen Wohnungsbau einsteigen können? Ist das ein Witz?

Woher die Mittel für einen wirklichen Einstieg in den sozialen Wohnungsbau kommen könnten, hat DIE LINKE in einem Änderungsantrag zum Haushalt 2019 formuliert. Wir fordern:

21 Millionen für den sozialen Wohnungsbau!

Das Geld wäre da: Es gibt Überschüsse: in 2016 waren es 31 Millionen Euro, in 2017 mehr als 47 Millionen Euro und 2018 fast 14 Millionen Euro. Für 2019 und 2020 sind Überschüsse von 12 Millionen und 14 Millionen geplant. Man könnte also jedes Jahr einen namhaften Betrag in eine kreiseigene Wohnungsbaugesellschaft einstellen - wenn man das politisch wollte!